

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Witzmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Wenn Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen. Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk., ohne Beleggebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Subskriptionsgebühren: die Tagesposten 20 Pf., die Sonntagsblätter 30 Pf., im Restanteil 1 Mk. Postgebühren: Dr. 5258 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 44.

Magdeburg, Donnerstag den 22. Februar 1917.

28. Jahrgang.

## Amerikas Sakt.

So schnell sich nach der Ankündigung des verschärften U-Boot-Kriegs der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland vollzog, so stockend und langsam entwickeln sich die weiteren Folgen aus diesem schicksalreichen Ereignis. Aus Amerika fehlen uns alle direkten Nachrichten, so daß wir nicht einmal mit Bestimmtheit wissen, wie wirklich mit den in amerikanischen Häfen liegenden deutschen Schiffen verfahren wird: Ob sie beschlagnahmt sind oder ob sie einer Bewachung unterliegen, die von Beschlagnahme nicht weit entfernt ist. Was wir von Amerika erfahren, das sehen wir durch die trüben Gläser der Reuters-Blicke. Aber zieht man davon ab, was offenbar nur Stimmungsmache ist, so bleibt doch so viel übrig, daß mit allem Ernst zum Kriege gerüstet wird, und daß die Kriegspartei fieberhaft daran arbeitet,

### die Kriegserklärung zu beschleunigen.

Wie immer beim Ausbruch eines Krieges erscheint die Regierung weniger als Schieber denn als Geschehene. Der Präsident zeigt keine Neigung, sich kopfüber in das Weltkriegsabenteuer zu stürzen, und während die Kriegsströmung an Umfang zunimmt, erwägt er so lange, bis man von ihm sagen wird, er habe nicht anders gekonnt.

Es ist aber das Schicksal aller regierenden Pazifisten, in den Kriegstrüben hineingerissen zu werden. Bethmann ist einer, und Grey war es im Grunde auch. Bethmann, dessen Ziel vor dem Kriege die Verständigung mit England war, und der noch während des Krieges einen Ausgleichsfrieden mit der von England geführten Koalition anstrebte, sah sich genötigt, den unbeschränkten U-Boot-Krieg gegen England zu proklamieren. Und Wilson, der den Ehrgeiz hatte, am Ende dieses Krieges als der große Stifter des dauernden Weltfriedens zu erscheinen, Wilson, dessen Botschafter in Berlin erst vor wenigen Wochen sagen durfte, die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika seien noch nie so gut gewesen wie gegenwärtig, Wilson wird vielleicht über kurz oder lang zum Kriege gegen die Mittelmächte

übergehen, weil ihm Strömungen, an deren Entstehung er selbst nicht unschuldig ist,

### über den Kopf wachsen werden.

Einstweilen aber besteht der seltsame Zustand, daß Amerika zwar die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat, die zu seinem Verbündeten aber nicht. Zugleich mit Deutschland hat, wie erinnerlich auch Oesterreich-Ungarn am 31. Januar eine Note an Amerika gerichtet, in der angekündigt wurde, daß „Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten innerhalb eines bestimmten Seesperrgebietes jede Schifffahrt mit allen Mitteln verhindern werden“. Oesterreich-Ungarn hat sich also nicht nur als passiver Zuschauer mit den deutschen Entschlüssen einverstanden erklärt, sondern es hat auch seine aktive Mitwirkung an der Durchführung dieser Entschlüsse angekündigt, und seine U-Boote spielen der neutralen Handelschifffahrt gegenüber im Mittelmeer dieselbe Rolle, wie die deutschen U-Boote in der Nordsee und dem Atlantik.

Wilson hat aber die diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn nicht abgebrochen, und so liegt in seinem Verhalten

### ein offener Widerspruch.

Entweder kann Wilson zu einem Staat, der neutrale Schiffe warnungslos torpediert, die diplomatischen Beziehungen aufrechterhalten, und dann könnte er sie auch mit Deutschland aufrechterhalten, oder es war ihm, wie er sagt, unabweisbare Pflicht, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, und dann mußte er sie auch zu Oesterreich-Ungarn abbrechen.

Zudem ist, während sich Ritter Gerard auf die Reise machte, Mister Wendell ruhig in Wien geblieben, und die direkten Verhandlungen zwischen den beiden Staaten dauern weiter fort. Am 19. Februar überreichte der amerikanische Botschafter in Wien dem Ministerium des Äußeren eine Denkschrift, in der die Frage gestellt wird, ob die in den Fällen der „Lucona“ und „Persia“ erteilten Zu-

sicherungen als abgeändert oder zurückgezogen anzusehen seien. Die „Lucona“ und die „Persia“ spielen in den amerikanisch-österreichischen Verhandlungen eine ähnliche Rolle, wie die „Lusitania“ und die „Sussex“ in den deutsch-amerikanischen. Aus Anlaß dieser Fälle hatte das Wiener Kabinett die Zusicherung gegeben, daß Handelschiffe, solange sie nicht fliehen oder Widerstand leisten, nicht vernichtet werden dürfen, bevor die Passagiere in Sicherheit gebracht seien. Beide Fälle haben sich im Jahre 1915 ereignet, während die Note, in der Oesterreich-Ungarn ein geändertes Verfahren ankündigt, vom letzten Januar dieses Jahres datiert.

Die neue Anfrage der amerikanischen Regierung würde daher ganz überflüssig scheinen, wenn sie nicht eine von zwei möglichen Absichten

verfolgen würde. Entweder kann es sich für die amerikanische Regierung darum handeln, vor unwiderruflich lezten Entschlüssen Zeit zu gewinnen, oder aber es liegt ein Versuch vor, eine Loslösung Oesterreich-Ungarns von Deutschland in dieser wichtigen Frage herbeizuführen. Die amerikanische Regierung könnte in letzterem Falle damit rechnen, daß die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns alles weniger als marinistisch gestimmt ist, daß sie einen raschen Friedensschluß, wenn er in Ehren möglich ist, dem verschärften U-Boot-Krieg bei weitem vorzieht und daß überhaupt die ganze Frage, die zu dem Konflikt mit Amerika geführt hat, weit außerhalb ihres Gesichtskreises liegt. Auf der andern Seite aber ist Oesterreich-Ungarn durch die Not des Weltkriegs mit Deutschland auf Geheiß und Verbund verbunden. Es ist daher nicht anzunehmen, daß das amerikanische Mandat, wenn ein solches wirklich beabsichtigt sein sollte, gelingen würde.

Die Antwort der österreichischen Regierung und die Folgerungen, die die amerikanische Regierung aus ihr ziehen wird, werden jedenfalls dazu beitragen, die sehr verworrenen Lage zu klären. —

## Rettenhandel.

Eine Bundesratsverordnung sollte dem Rettenhandel ein Ende machen; er blüht nach wie vor. Gerichtsverhandlungen beweisen es, und wie wenige Rettenhändler kommen vor die Schranken.

Das Ziel, das die Verordnung des Bundesrats erstrebte, ist nicht erreicht worden. Gleichwohl hat sie einen Wert, der über den Krieg hinaus dauern wird. Den Wert nämlich, einen Krebskeim unserer Wirtschaftsordnung bloßgelegt zu haben, der auch im Frieden da war, wenn er auch nicht in dem gleichen Grade wucherte wie seit Monaten. Sie unterrichtet auch den Laien über die volkswirtschaftliche Rolle des Handelskapitals. Das Bedeutendste an den innern Umwälzungen der letzten zwei Jahre sind daher nicht die getroffenen Maßnahmen selbst, sondern es ist die Tatsache, daß alle Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens in einem Maße, wie es nie zuvor der Fall war, Gegenstand eines konzentrierten öffentlichen Interesses geworden sind. Das ist ein Fortschritt, den man durch die spätere Aufhebung der Verordnungen nicht rückgängig machen kann.

### Was ist Rettenhandel?

Der einfache Handel hat die volkswirtschaftliche Aufgabe, die Ware vom ersten Erzeuger zum Weiterverarbeiter und endlich zum Verbraucher zu schaffen; Waren von da, wo sie im Überfluß vorrätig sind, dorthin zu bringen, wo sie mangeln. Diese Bewegung der Vorräte ist bei jedem Wirtschaftssystem unerlässlich, auch beim sozialistischen, und die dazu nötigen und geeigneten menschlichen Begabungen werden darum allezeit in der Gesellschaft Verwendung finden.

Aber solches dispositives Talent ist keineswegs dasselbe wie der Schachergeist des Händlers. Die deutsche und die österreichische Kriegs-Getreideanstalt vollziehen die gleichen Bewegungen, benötigen dazu eine hohe Gabe der

Disposition, Ueberblick, Raschheit der Entschliebung, Voraussicht und so fort. Aber jene Gerissenheit, die dem Kornhandelsbedarf nachgejagt wird, brauchen sie nicht; diese ist auf etwas ganz anderes als auf Vorratsbewegung gerichtet: sie will

### am Vorrat Profit machen,

und die Bewegung der Ware ist ihr nur ein lästiger Umweg dazu. Hat sie zehn Waggons Frucht im Lagerhaus und dafür einen Lagerchein, so wird sie am allerliebsten den Lagerchein zehnmal umsetzen, an jedem Umsatz profitieren, und sich nicht im geringsten daran stoßen, daß der Vorrat inzwischen still und friedlich im Speicher ruht und eventuell verdirbt.

Andererseits mag der Ueberfluß da und der Mangel dort noch so groß sein, wenn an der Vorratsbewegung nicht zugleich zu verdienen ist, läßt der Handel ihn liegen. Ist der Vorrat groß, könnte er endlich einmal die Verbraucher wirklich sättigen, so wird der Handel den Vorrat zurückhalten, bis der künstliche Mangel die Preise hinaufschraubt und reichliche Verdienstmöglichkeit schafft. Nicht die Bedarfsdeckung ist Selbstzweck des kapitalistischen Handels — auch im Frieden —, sondern der Verdienst an der juristischen Warenveräußerung, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Warenbewegung, und nur zu oft im Widerspruch mit ihr.

### Das war im Frieden ebenso,

nur kam es nicht so früh in die Erscheinung, nur zog es die Aufmerksamkeit der Volksgemeinschaft nicht in gleichem Grade auf sich, nur war es für die Volksmassen nicht so verhängnisvoll. Daß aber diese Arbeitsweise des Handels volkswirtschaftlich nicht unerlässlich ist, beweist ja offensichtlich der staatliche Getreidedienst, das beweisen auch die Konsum- und Abzogenoffenshaften. Und dieser Beweis ist

in so auffälliger Weise erbracht, daß der liberale Köhler glaube an die Unerzelligkeit des Handels nicht mehr aufkommen wird.

### Vom Handel ist

### der sogenannte Zwischenhandel

nur im Grade, nicht aber im Wesen verschieden. Zwischen ersten Erzeuger und letzten Verbraucher, zwischen Ueberfluß- und Mangelgebieten schieben sich bloß mehr Hände, mehr Handelsbetriebe ein, als selbst kapitalistisch nötig wären. Handel, soweit er dem liberalen, kapitalistischen Denken nötig und erwünscht erscheint, heißt dann „legitimer“ Handel; Handel darüber hinaus heißt dann illegitimer „Zwischenhandel“. Die Grenzen fließen. Legitimer Händler nennt sich gern der ortsanfässige, gelehrte, stenerzahlende Kaufmann gegenüber Aufkäufern und Verkäufern, die sich zwischen ihn und seine Bezugs- und Abzugen drängen und nicht selten billiger arbeiten können.

Der Zwischenhandel nistet sich im Frieden überall dort ein, wo der sogenannte legitime Handel zu teuer arbeitet oder wegen mangelhafter Organisation weder alle Quellen des Bezugs beherrscht, noch alle Abzugen versorgt. Ihre volkswirtschaftliche Funktion aber ist die gleiche: Gewinn zu erzielen an der Veräußerung von Waren.

Der Krieg hat allen Handel krank gemacht, die Profitgier hat ihn heimgejagt wie ein hitziges Fieber. Es wird wohl auch gelegentlich verloren, aber in der Regel unverhältnismäßig rasch und viel gewonnen.

### Jeder Tag bringt Preissteigerungen

Wie der Verbraucher fiebernd nach Vorräten, so besäht den Händler ein wahres Veräußerungsfieber. Der Wertumschlag — nicht die Vorratsbewegung — ist Selbstzweck.







## Wirtschafts- und Kriegsfragen.

In der Dienstagssitzung des Preussischen Abgeordnetenhauses, in der die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung in Angriff genommen wurde, kam es zu einer ausgedehnten Aussprache über unsere Wirtschaftspolitik und über eine Reihe weiterer Fragen, von denen man allerdings nicht gerade behaupten kann, daß sie mit dem Etat auch nur in losem Zusammenhang stehen. Anlaß dazu gab der nationalliberale Abg. Beumer, der ganz unerblickt die Annexion des französisch-lothringischen Erzbeckens forderte, über bisherige ungenügende Vertretung der deutschen Auslandsinteressen durch unsere Diplomatie legte und scharfe Kritik an der auswärtigen Politik Deutschlands überhaupt übte.

Es war selbstverständlich, daß Genosse Gue, der im weiteren Verlauf zu Worte kam, diese Rede nicht unwillkürlich ins Land hinausgehen lassen konnte. Er sprach sich nicht nur scharf gegen die Annexionen aus, sondern führte auch den Nachweis, daß diese Bestrebungen auf die materiellen Interessen gewisser Privatkapitalisten zurückzuführen sind. Weiter wandte sich Gue scharf gegen die Anerkennung der Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Organisationen als Arbeitervertreter und stellte im übrigen eine Reihe von Forderungen im Interesse der Arbeiterklasse, so namentlich die volle Anerkennung der Arbeiterorganisationen und ihre Gleichberechtigung auch nach dem Kriege. Seine Klagen über Zurücksetzung von Arbeitern bei Kriegsämtern und Kriegsorganisationen bezeichnete der Handelsminister als unberechtigt.

Am Mittwoch wird die Debatte fortgesetzt.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen unterrichtet im einzelnen nachstehender Bericht:

82. Sitzung.

Berlin, 20. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Ebdors.

Auf der Tagesordnung steht der

### Etat für Handel und Gewerbe.

Die Kommission beantragt, die Wirksamkeit der Kriegshilfsstellen auch auf den selbständigen gewerblichen Mittelstand auszuweiten; bei der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft dafür zu sorgen, daß die Handwerker und Kleinbetriebe bei der Belieferung mit Rohstoffen berücksichtigt werden; auf die Bereitstellung öffentlicher Arbeiten in der Uebergangszeit Bedacht zu sein und dabei auch für die Lieferungsgegenständen der Handwerkerverbände geeignete Arbeiten bereitzustellen.

Abg. Gumbert (Dresden, lant.): Die Interessen unserer Außenhandels müssen von der Regierung nach besten Kräften geschützt werden. Hoffentlich macht unser U-Boot-Krieg der englischen Seeherrschaft ein Ende. (Weißl.) Um den Mittelstand zu erhalten, muß dafür gesorgt werden, daß auch die kleinen Gewerbebetriebe Rohstoffe haben. Die Auslandspreise muß besser als es bisher gewesen ist, mit Nachrichten gespeist werden. Diese Klage richtet sich weniger gegen die Geschäftswelt als gegen die Konjunkturverhältnisse. Was tut die Regierung, um zu verhindern, daß die Ausbeute der Braunkohlenfelder immer mehr in ausländische Hände gelangt?

Abg. Dr. Beumer (naul.): Um unsere zukünftige Wirtschaftspolitik brauchen wir nicht bange zu sein, wenn wir sie im Sinne Bismarcks führen. Wir brauchen neues Siedlungsland im Osten,

wir brauchen das Kohlenbecken von Longwy-Brich. In einem Wettbewerbs Frankreichs und Belgiens ist auf Jahrzehnte hinaus nicht zu denken. Der Wettbewerb der Japaner und Sineser wird die Belgier, Engländer und Franzosen mindestens ebenso treffen wie uns. Daran ändert das Festhalten des Vorkriegsstandes bei Briand ebensowenig wie das Festhalten, das dem gleichen Herrn bei Adlon gegeben wurde, wo er versicherte, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika niemals so gut gewesen seien wie jetzt. (Lachen.) Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz schäpe ich außerordentlich niedrig ein. Das gilt namentlich für unsere Beziehungen zu Rußland. Unsere Ausfuhr nach Rußland betrug vor dem Kriege ebensowenig wie die gesamte übrige Einfuhr. Rußlands Ausfuhr geht zu mehr als der Hälfte nach Deutschland. Daß nach dem Kriege die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland wieder aufleben werden, das erkennt man in Rußland unumwunden an; so haben sich der frühere Handelsminister und auch die „Kowojce Bremenja“ in diesem Sinne ausgesprochen. Wir müssen rechtzeitig uns auf den Frieden einstellen. Dazu dient ja das Reichsamt für Uebergangswirtschaft. Im Ausschuss hat ein Mitglied der früheren äußersten Linken die Herren aus der Großindustrie, dem Handel und den Banken verächtlich, daß sie durch Verkäufe ihre eignen Interessen wahrgenommen hätten. (Hört, hört!) Wenn jemals der Sozialismus und der Kollektivismus Schiffbruch gelitten haben, so ist es in diesem Kriege gewesen. Niemals hat sich die Bedeutung des Individualismus, der Einzelpersonlichkeit so gezeigt wie gerade jetzt. (Zustimmung b. d. bürgerl. Parteien.) Wir sind keine Feinde der Arbeiterausschüsse. Aber jeder Arbeiter muß sich die Organisation wählen können, die er will. Dieser Gedanke wird aber durch die Ausschüsse, wie sie das Hilfsdienstgesetz vorsieht, nicht durchgeführt. Das gilt namentlich für die wirtschaftsfriedlichen Arbeiterverbände, die einen Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anstreben. Die Regierung brauche an der Saar neben zwei Christlich-Sozialen für den Ausschuss auch einen Sozialdemokraten. Den fand sie aber an der Saar nicht und mußte ihn sich aus Frankfurt am Main verschreiben. (Hört, hört! b. d. Natl.) Auf dem Kongress in Köln haben es die Gewerkschaften abgelehnt, in der Kriegsbeschäftigtenfürsorge mit den wirtschaftsfriedlichen Verbänden zusammen zu arbeiten. (Lachen b. d. Soz.) Unsere Ausfuhr werden wir nach dem Krieg und wieder erobern, wenn unsere Diplomatie nicht wieder in die alten Fehler verfällt. Die Grundlage eines Staates bildet der staatliche Egoismus, nicht die Romantik. (Weißl. b. d. Natl.)

Abg. Gohaus (Btr.): Handel, Gewerbe, Industrie haben eine ungeahnte Kraft entwickelt. Besondere Mühsal verdient das Handwerk. Die kleinen Handwerksbetriebe sind die Grundlage, auf der nach dem Kriege das Handwerk neu aufgebaut werden muß. Nach Friedensschluß müssen wir die Kriegswirtschaft aufheben lassen. Unser Handwerk und unsere Industrie müssen volle Selbstbestimmung wiedergewinnen. (Weißl. b. d. Btr.)

Abg. Rosenow (Fortf. Bp.): Auch wir blicken optimistisch in die Zukunft. Bevor Strafverfolgung wegen Rückers eingeleitet wird, sollte man erst ein unparteiisches Gutachten der Handelskammer hören, denn für den Kaufmann ist die Anlage auch dann eine Schädigung, wenn er freigesprochen wird. — Warum ziehen die Kriegsgesellschaften nicht in größerem Umfang die Kaufleute heran? Von einem Einzelhandelsmonopol schon jetzt zu reden, ist etwas voreilig. Bei der Beschaffung von Rohstoffen aus dem Ausland nach Friedensschluß darf kein Stand bevorzugt werden. Die Lebensmittelversorgung sollte so schnell wie möglich wieder dem freien Handel überlassen werden. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft zahlt so schlechte Preise, daß den Betroffenen große Verluste entstehen. Der deutsche Kaufmann findet vielfach im Ausland bei den Handelsvertretungen nicht die genügende Unterstützung. — Die Arbeiterjugendorganisationen soll-

ten nicht länger außer Kraft bleiben, als es unbedingt notwendig ist. Die Gesundheit des Volkes dürfen wir nicht untergraben, sonst ist ein Wiederaufbau nach dem Kriege nicht möglich. Vor allem muß mit der Ausnutzung der Arbeitskräfte möglichst Maß gehalten werden. (Weißl. b. d. Fortf. Bp.)

Handelsminister Dr. Ebdors: Auf die Ausführungen über unsere Diplomaten, über den deutschen Frieden und die Fürsorge für die Deutschen im Ausland werde ich die Antwort den Stellen überlassen, an die sie eigentlich gerichtet waren. Die Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche sind nicht etwa ganz aufgehoben; ich stimme dem Vorredner darin bei, daß es dringend notwendig ist, sie so bald wie möglich wieder ganz in Kraft zu setzen. Die Frage der Wirtschaftsfriedlichen ist neuerdings so geregelt, daß, wenn ein Wirtschaftsfriedlicher vor den Schlichtungsausschuss kommt, ihm das Recht zusteht, zu verlangen, daß einer der Arbeitgeber aus den wirtschaftsfriedlichen Organisationen genommen wird. Das ist wohl als gerechte Lösung anzusehen. Nach dem Kriege muß unsere Industrie sich im Ausland die volle Gleichberechtigung erkämpfen, die Reichsbürgerschaft in dem Sinne, daß sie dasselbe Recht in bezug auf wirtschaftliche Betätigung hat, welche dem Angehörigen irgendeinem andern Staates eingeräumt ist. Der Kommissar für Uebergangswirtschaft hat zunächst die nötigen Rohstoffe zu beschaffen; dafür hat er sachkundige Berater. Hat er später auch mit der Verteilung der Rohstoffe im Inland zum Zwecke ihrer Verarbeitung zu tun, so werden auch Handwerkervertreter zugezogen werden können. Ein unfruchtbarer Wirtschaftspolitik werden wir weiter festhalten. (Weißl.)

Ministerialdirektor von Rechten: Die gemeinnützigen Arbeitsnachweise haben sich den Kriegsverhältnissen ebenfalls angepaßt. Für jede Provinz ist eine Zentralauskunftsstelle geschaffen worden. Im Haushaltsauschuss sind verlässliche Mittel bereitgestellt worden.

Abg. Gue (Soz.):

Die Berichte der Gewerbe-Inspektoren sind wieder nicht erschienen. Dadurch ist uns eine sehr sichere Quelle der Erkenntnis unserer sozialen Zustände verlorengegangen. Wir dürfen wohl erwarten, daß diese Berichte nach dem Kriege sehr ausführlich erhaltet werden. Es wird heute weit über die bewilligten Ausnahmen hinaus die Arbeitskraft der Frauen und Jugendlichen ausgebeutet. Das schmerzt mich sehr, daß sich in den maßgebenden Kreisen immer mehr eine Stimmung entwickelt, die darauf hinausgeht, die jetzigen Ausnahmestände auch nach dem Kriege als normale beizubehalten. Die Entscheidung der Regierung, daß das nicht geschehen solle, bejagt für mich demgegenüber wenig. Unbedingt notwendig ist eine erhebliche Vermehrung der Zahl der weiblichen Assistenten der Gewerbe-Inspektoren angesichts der kolossalen Vermehrung der Zahl der weiblichen Arbeitskräfte. Die Angestelltenverhältnisse dieser Damen müssen weit verbessert werden. Warum werden sie so viel schlechter bezahlt als die männlichen Assistenten, die doch genau dieselbe Arbeit zu leisten haben? Diese Verhältnisse sind geradezu tödlich für unsere Industrie. Die Frauen werden mehr gelobt, aber weniger bezahlt. (Lachen b. d. Soz.) Für genau dieselbe Arbeit werden die Frauen 15 bis 30 Prozent schlechter bezahlt als die Männer. Dabei haben diese Arbeiterinnen das Geld genau so nötig wie die Männer, sind sie doch besonders jetzt größtenteils Ernährerinnen ihrer Familien geworden. Diese schlechte Bezahlung der Frauen wirkt auf der andern Seite wieder als Lohnruhr für die Männer. Daher sind sich die Gewerkschaften etwas in der Forderung gleicher Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Leistung.

Ueber die Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege habe ich mich im vorigen Jahre sehr pessimistisch geäußert. Heute wird mein Pessimismus auch von andern Seiten, ausgenommen ganz bestimmte Kreise, die ich nicht näher zu charakterisieren brauche,

### Eine Handvoll Erde.

Roman von Clara Viebig.

(21. Fortsetzung.)

Sachdruck verboten

Albert atmete tief: nun war er satt. Nach der gefüllten Bier kam ihm jetzt die Befinnung. Schlauch sah er sich um: halt, da, das Speisekammerfensterchen, das gab eine Ausrede! So war's am gescheitesten! Das Fensterchen war angelehnt, er öffnete es noch um ein wenig weiter. Und dann ließ er ein paar Bröckchen vom Braten zur Erde fallen, auf dem Wege zum Fenster, tappete dann noch mit zusammengedrückten Fingernägeln wie mit Katzenpfötchen in den Kartoffelbrei, verschleuderte ein wenig Milch, stieß ein Töpfchen um, und zog dann die Tür wieder zu.

Draußen winkelte der Hund an seiner Kette, er hatte Hunger. Aber der Bursche brachte ihm nicht eingebracktes Brot, sondern den eignen Teller. Die große Zunge des Tieres leckte nur ein paarmal drüber hin, da war er schon leer. Und nun hob Albert den Teller hoch, hielt ihn wieder hin, hob ihn wieder hoch, und der Hund, doppelt gierig gemacht durch die wenigen Gappen — den Essensgeruch noch in der Nase — schnappte danach und stieß verlangend ein Bellen aus. Er knurrte, er fauchte, er kläffte, riß an der Kette, machte einen furchtbaren Lärm.

Kajak zog Albert sich in die Küche zurück, droben klappte schon eine Tür, die Gippelt tief die Treppe herunter: „Was denn los mit dem Hund? Sehn Sie doch nach, Albert.“

„Er muß was wittern, er is rein wie toll.“

„Machen Sie ihn doch los!“

„Ich trau mich nicht!“

„Ach was!“ Die Gippelt machte den Hund selber los, sie würde er schon nicht beißen. Er achtete auch gar nicht auf sie. Mit einem wilden Knurren jagte er ins Haus, in die Küche, und ließ seine breite Nase mit gierigem Schnüffeln an die Ritze der Speisekammertür.

Die Frau gab ihm einen Tritt: „Weg da!“

Der Bursche flüchelte schon: „Es is jemand drin!“

„Da kann ja keiner rein!“

„Sagen Sie das nicht!“ Albert blinnte ganz starr. „Sich hör doch sich was bewegen.“

„Schließen Sie auf!“

„Sie haben ja zugesprochen. Aber warten Sie man!“

Albert stemmte die breiten Schultern gegen, er drückte scheinbar mit aller Gewalt — da — die Tür flog schon auf, er fiel förmlich mit ihr in die Kammer hinein.

Da war niemand.

„Sehen Sie, Sie dumme Mensch!“ Aber gleich darauf stieß die Frau einen Jammersehrei aus: der Braten, der Braten! Da lag er am Boden, ganz abgenagt, und Wluto stürzte sich sofort auf den Rest. Er ließ den Knochen nicht fahren, sondern stellte die Vorderpfoten darauf und wies der Frau flehend die Zähne.

„Wer hat das getan?“ Als sei ihr das größte Unglück geschehen, so schrie die Gippelt. „So ein Braten — drei Pfund — so ein großer Braten!“

Albert nickte nur: das hatte ihm schon gekaut. Als er gestern abend allein in der Küche gewesen war, ging es plötzlich wie ein Schatten zur Speisekammertür. Die Tür war verschlossen, der Schatten aber ging durch die Tür.

„Wir machen Sie nichts vor. Es gibt keine Schatten, die durch Türen gehen. Nur Diebe!“ Die Gippelt sagte es scharf, mit Argwohn sah sie den Burschen an. „Ich werde es Herrn Gippelt sagen.“

Da hücte sich Albert und wies auf die Spuren am Boden: „Es war 'ne Käse. Gewiß drüber die von der Zimmer. Das olle Dieb! Sehn Sie hier, ganz deutlich die Pfote — im Kartoffelbrei. Und sehn Sie, Frau Gippelt, hier hat sie noch was verloren!“

Frau Gippelt kühen noch immer nicht ganz überzeugt, aber sie sagte nichts mehr.

Mit einer Grimasse sah der Bursche ihr nach, als sie auf ihren ausgefahrenen Pantoffeln wieder aus der Küche schlüpfte. „Na warte, Dir werd ich mal!“ Er flüchelte beifert vor Wut. Die wollte sich unterziehen und seine Geschichte nicht glauben?! So ein erbärmliches armeneliges Weib-

bild, nur eine Handvoll! Er setzte die Zähne aufeinander, daß seine Kinnbacken krachten, die Ader an seiner Schläfe trat schwellend heraus. Wie er die Frau haßte! Die war noch geiziger als der Alte!

Der Hund knurrte, Albert knurrte noch wilder: „Hungern läßt sie essen, arbeiten und hungern — was, Wluto, hungern!“ In einer plötzlichen Aufwallung setzte er sich auf den Küchenboden, zog den Hund zu sich heran und legte ihm beide Arme um den Hals: „Was, Wluto? Aber wir beißen!“

Gerr Gippelt war mit Bernhard einen eiligen Schritt gegangen. Sie gingen quer durch das langgedehnte Gelände der Gartenstadt. Hier waren noch keine Blumenrabatten, hier standen auch noch keine Häuser; hier kennzeichneten nur breit angelegte, mit Bäumen eingefasste und mit Mauerschilfern versehene, aber noch nicht gepflasterte Straßen die Gartenstadt. Das Unterholz war weggeschlagen, das Gestrüpp ausgerodet, die Pflanzungen standen im kurzen Gras wie entleert, ganz nackt.

Und überall Laßeln: „Baureifes Terrain“ — „Willengrundstück“ — „Schönes Parkgelände“.

Die Luft war gut. Bernhard stand ein paar Augenblicke und verpußete, konnte der Alte noch rennen!

Gippelt mochte nicht rechts noch links sehen, am liebsten hätte er die Augen ganz zugekniffen, ihn sah die Angst: so viel unbebaute Terrain! Sie beruhigten ihn. Und er, er hatte viel weiter draußen noch weidete! O, was hatte er für eine Dumtheit gemacht — sein Geld, sein Geld, sein schönes Geld!

Bernhard sagte: „Das erlost keiner von uns, daß hier alles bebaut ist.“ Dabei schnupperte er in die Luft: „na Pleite! Man riecht se schon!“

„Und das sagen Sie mir?! Sie Schlemm! — Sie — Sie Gauner!“ Zitternd sah ihn Gippelt vorn bei der Brust; er schüttelte ihn.

(Fortsetzung folgt.)



als beschäftigt anerkannt. Der Krieg treibt einen ungeheuren Neubau mit unsrer Volkskraft. Wir sollten uns weniger auf die Ausfuhr stützen als Innenkolonisation treiben.

Die innere Volkskraft muß vor allem gesteigert werden.

Als Kind der Industrie halte ich den Industriefanatismus für einen großen Fehler. Wo die Industrie hinkommt, macht sie den Boden und die Menschen krank.

Damit komme ich auf die Ausführungen des Abgeordneten Beumer. Was für einen Eindruck muß diese Annexionsrede im Vergleich zu den authentischen Erklärungen über den Friedenswillen der Regierung im neutralen und feindlichen Ausland machen. Wenn irgendwo das Ansehen Deutschlands in der Welt, der eheliche Friedenswille der deutschen Regierung schon vor dem Kriege in Miskredit gekommen ist, dann durch diese Art von Weltpolitik, wie sie von der kleinen, aber sehr einflussreichen Gruppe der Herren um Herrn Dr. Beumer betrieben wird. Wie kann sich Herr Dr. Beumer herausnehmen, zu behaupten, er spräche als Anwalt der großen Mehrheit des deutschen Volkes, wenn er eine solche Annexionsrede hält und solche Angriffe gegen die offizielle friedensfreundliche Reichspolitik richtet? Wenn die Anschauungen, die Herr Dr. Beumer hier entwickelt hat, die Anschauungen der deutschen Reichsregierung wären, dann würden meine politischen Freunde, und nicht nur diese, der Reichsregierung die Gefolgschaft verweigern. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Was mein Parteigenosse Leinert über unsre Stellung zum Charakter dieses Krieges als Verteidigungskrieg usw. gesagt hat, unterschreibe ich vollständig. Aber wenn jemand am 4. August 1914 als Kriegsziel des deutschen Volkes das aufgestellt hätte, was Herr Dr. Beumer heute vortrug, so wäre die Sinnlosigkeit des deutschen Volkes gegenüber den auswärtigen Feinden nicht hergestellt worden. Dann hätten Sie den Krieg im eigenen Lande gehabt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Als in Viefelsfeld ein Herr Dr. Beumer sehr nahesteher Herr eine vielleicht noch schärfere Rede gehalten hat, hat nach ihm der berufene Vertreter der christlich organisierten Arbeiter erklärt: Was der Herr über Annexionen und gegen den Reichsfanzler gesagt hat, damit stimmt die christliche Arbeiterpartei nicht überein, und das wird nur gegen den Reichsfanzler gesagt, weil der Reichsfanzler auch versprochen hat, daß die Arbeiterpartei im neuen Deutschen Reich mehr Rechte erhalten solle. Wenn Herr Fuhrmann wieder nach Viefelsfeld kommt und in einer Versammlung in einem großen Saale volle Freiheit der Diskussion gibt, dann wird er sehen, wie das deutsche Volk in Wirklichkeit denkt.

Das deutsche Volk will nichts anderes als seine Existenz, seine wirtschaftliche und politische Zukunft verteidigen.

Alles, was darüber hinausgeht, sind Annexionsgelüste bestimmter kleiner Kreise. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Es erweckt einen peinlichen Eindruck bei dem deutschen Volke, daß die Annexionspolitik ganz besonders aus solchen Kreisen propagiert und unterstützt wird, die an gewissen Erweiterungen der deutschen Landesgrenze privatwirtschaftlich sehr stark interessiert sind. (Sehr wahr! h. d. Soz. Unruhe rechts.) Wollen Sie leugnen, daß ausgerechnet aus den Kreisen bestimmter Großindustrieller heraus die Annexionspolitik in erster Linie betrieben wird? (Zurufe rechts: Gewiß!) An einer meiner Gewerkschaftsfreunde ist das Aufhören geblieben, was für die Einberufung des Reichstages von Langens-Brieg eingutreten. Er erbat sich einiges Material darüber, und als er dies Material erhielt, das eine lange Liste der dortigen Bergwerke enthielt und sich genau die Liste angesehen hat, hat er das Material zurückgeschickt mit der Erklärung, nein, das machen wir nicht. (Zurufe rechts: Was bewirkt das?) Das muß Ihnen doch begreiflich sein. (Zurufe h. d. Soz.) Sie wollen es nicht begreifen! Warum ein Sozialdemokrat nicht für solche Krisisinteressen eintreten kann. Der Beweis, daß etwa die Einberufung dieses Reichstages ein Lebensbedürfnis für Deutschland ist, ist in keiner Weise zu erbringen. Wir brauchen nicht etwa die Erzürderung dieses Reichstages, sondern das Gegenteil ist der Fall. Unsere Handelspolitik beweist, daß unsre Eisenzeugung bereits 1912 den eigenen Verbrauch um 40 Prozent überstieg. Wir haben vor dem Kriege aus dem Langens-Brieg-Beden mehrere Millionen Tonnen Eisenzeug aus den Kruppwerken, die deutsche Kapitalisten dort hatten, erhalten, es hat ein sehr freundhaftes wirtschaftliches Verhältnis

zwischen dem französischen und deutschen Erz- und Hüttenwesen bestanden, die aufeinander angezogen waren. Deshalb wünschen wir auch, daß wir nach dem Kriege namentlich zu unserm westlichen Nachbar, der sich jetzt in eine Art Knechtschaft der englischen Kapitalisten begeben hat, möglichst rasch wieder zu einem freundschaftlichen Verhältnis kommen. Wenn aber das, was Herr Dr. Beumer als Lebensbedürfnis Deutschlands hinstellt, durchgeführt wird, dann ist an eine Ausföhrung, auch nur eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich auf mer weise lange nicht zu denken. Wir wollen doch nach diesen Katastrophen vernichteter Menschenleben einen Frieden herbeiföhren, der nach Menschenmöglichst ein dauernder Friede ist. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Wie außerordentlich reich wir mit Erzen versorgt gewesen sind, beweist eine sehr interessante Eingabe aus dem Siegerländer Erzgebiet vom Jahre 1909 an das Reichsamt des Innern, wo deutlich gesagt wird, daß das Hauptübel der schmerzlichen Notlage jenes Gebiets die massenhafte Einfuhr von Eisenerzen nach Deutschland ist. Diese Auffassung finden wir bestätigt in einer Denkschrift der Vereinigung der kleinen und mittleren reinen Erz- und sonstigen Hüttenwerke, und als Antwort darauf des Stahlwerksverbandes an die Reichsregierung. Meine Ansicht habe ich auch in England bestätigt gefunden. England ist zweifellos ein sehr reiches Land, aber neben ungeheuerem Reichtum habe ich in keiner Großstadt so viel Elend und Armut angetroffen wie in London. Hier paßt das Wort des römischen Senators: Die römischen Legionäre haben die halbe Welt erobert, aber zu Hause haben sie keinen Platz, wo sie ihr Haupt niederlegen. Aber ich wiederhole: für die Verteidigung des Vaterlandes sind wir bereit, alles menschenmögliche zu leisten, darüber hinaus nichts! (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Man sagt, das deutsche Wirtschaftsleben ist in einer glänzenden Verfassung und verweist zur Begründung auf die Ueberflüsse gewisser industrieller Werke. Allerdings, die Großindustrie befindet sich in glänzender Lage, und wenn der Krieg zu Ende ist, wird in jenen Kreisen von einem Ueberfluß keine Rede sein. Ich erinnere auch an die gewaltigen Ueberflüsse der Lederindustrie und anderer, die es begreiflich machen, warum das deutsche Volk unter der ungeheuren Zerrung leidet. Der Vorteil hat nur eine ganz kleine Schicht, zu der jener Großkapitalist aus dem „Simplificissimus“ gehört, der zu seinen Gunsten sagt: „Kinder, das war eine große Zeit, wir haben an einem Tage 100 000 Mark verdient.“ Wenn man in der Presse die Ausführungen gewisser Periodikenseiten liest, dann kann man allerdings zu der Meinung kommen, daß es in Deutschland Leute gibt, die sich vor dem Frieden fürchten. Aber

die unglückliche Masse des deutschen Volkes sehnt den Frieden herbei und hat mit inniger Freude das Friedensangebot der Regierung angenommen. In Deutschland heißt es: Wer da hat, dem wird gegeben. Die Unternehmerverbände gemessen ausgiebigen Lohn der Regierung; an Unterstützung und Schutz der Arbeiterverbände denkt die Regierung nicht. Als die Regierung nach Anfang des Krieges mit den Arbeiterverbänden verhandelte, wurde sie von den Unternehmern dringend gewarnt. Mit großer Beharrlichkeit blüht diese Unternehmerrichtung auf jede Anerkennung der Gewerkschaften. Dabei ist es wirklich nicht so schlimm damit. Wir haben genug Lob und anerkennende Worte genug gehört, die Arbeiterpartei ist ja angesehen bei der Regierung wie ein Kind im Hause — aber in die gute Stube darf sie nicht kommen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Durch des Verhaltens der Regierung zu den dringendsten Forderungen der Arbeiter wird in den Kreisen der Arbeiter, die in der Fronten gelebt haben, es werde eine wirkliche Reorientierung kommen, große Enttäuschung hervorgehen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Man organisiert, organisiert die Unternehmern, verdrängt ihnen große Macht, sorgt aber nicht zugleich für einen genügenden Schutz der Konsumenten und Arbeiter.

Bei dem Beirat für Uebergangswirtschaften berufen wir auch jede Eingliederung von Arbeitern und Kleingewerbetreibenden. Die Segnung des Abg. Beumer, ich hätte die Herren in diesem Beirat verdrängt, daß sie dort private Interessen betreiben, weise ich, wie schon in der Romantik, auf das entsprechende zurück. In einer großen Anzahl von Industriezweigen sind bis

heute die noch dem Vorkriegsstande vorzuziehenden Arbeitsverhältnisse noch nicht gewählt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) In der Aufklärung der betreffenden Bestimmungen des Gesetzes sollte der Arbeiter sich nicht von formalen Gesichtspunkten leiten lassen, sondern sollte an den Zweck des Gesetzes denken. Die Unternehmer jammern über das Gesetz und die Rechte, die es den Arbeitern eingeräumt habe. Sehr ernst sind diese Klagen ja nicht zu nehmen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Sie werden allerdings verständlich, wenn man weiß, daß diese Schiedshöfe schon mehrfach durch Festsetzung zu niedriger Löhne Lohnherabsetzungen durchgeführt haben.

Herr Dr. Beumer hat sich über Benachteiligung der Gelben beschwert. Ich bestreite, daß diese sogenannten Wirtschaftsfriedlichen wirklich Arbeitervertreter sind. (Widerpruch rechts.) Würden Sie (nach rechts) Leute als Ihre Vertreter anerkennen, die von Ihren wirtschaftlichen Gegnern benachteiligt werden? Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat in einem Zirkular die Unternehmer zu einer Sammlung für diese wirtschaftlichen Verbände aufgefordert, da diese finanziell nicht selbstständig existieren könnten, und hat selbst einen namhaften Zuschuß bewilligt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Können Sie (nach rechts) es nicht verstehen, daß deutsche Arbeiter solche

Söldlinge der Unternehmer

nicht als Ihre Vertreter anerkennen können, haben Sie so wenig Empfinden für unser Ehrgefühl? (Sehr gut! h. d. Soz.) In dieser Frage sind sich die Arbeiter aller Organisationen einig. Daß die Gelben nicht ganz schuldlos sind, hat ja der Minister bewiesen. Wenn die Unternehmer Gelbe in den Ausschüssen haben wollen, so mögen sie sie als Ihre Vertreter hineinwählen. (Sehr gut! h. d. Soz.)

Ich möchte bei diesem Etat nicht verfehlen, der Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft zur Rettung von Schiffbrüchigen höchste Anerkennung auszusprechen. (Bravos) Eigentlich ist die Tätigkeit dieser Gesellschaft Aufgabe des Staates. Die auf Grund der Seemannsordnung errichteten Seemannskassen sollen kollektiv zusammengefaßt sein. Als aber der Seemannsverband darum ersuchte und seine Kandidaten dafür vorschlug, erhielt er die Antwort, das Amt der beiden Vorgesetzten sei ständig. Das entspricht nicht dem Geiste der Seemannsordnung und ist auch nicht geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zu den Seemannskassen zu stärken. Man sagt, nach dem Kriege müsse der Handel seine freie Bahn bekommen. Nun, wir haben so viel an den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zu kritisieren gehabt, daß wir gewiß nicht wünschen, daß alles mit Stumpf und Stiel in die Friedenswirtschaft übernommen wird. Aber die Freigabe des Handels würde zum erheblichen Teile die Freigabe des Wuchers bedeuten, das Volk würde dadurch zu Unfällen gezwungen. Wollen Sie das vermeiden, dann suchen Sie die bürokratischen Auswüchse der Kriegswirtschaft zu beseitigen, aber schützen Sie das Kind nicht mit dem Bad aus. Sonst kommt das Volk erst nach dem Regen in die Traufe. (Beifalles Bravo! h. d. Soz.)

Minister Dr. Ebdow: Es hat mich gewundert, daß gerade Herr Hue das Wort von der guten Stube der Regierung gebraucht, in die die Arbeiter nicht hinein dürften. Ich weiß nicht, ob er mein Amtszimmer als gute Stube anerkennt. Jedenfalls weiß er, daß ich Vertreter der Arbeiter ebenso zugänglich bin wie Vertreter der Arbeitgeber. Ich erinnere auch an die Arbeitervertreter im Kriegsernährungsamt und Kriegsamt. (Abg. Ab. Hoffmann (Soz. Arb.-G.): Dekoration!) Bei dem Beirat für Uebergangswirtschaft handelt es sich darum, Baumwolle, Gummi usw. einzukaufen, da gehören Sachverständige hinein, die mit diesen Fragen zu tun haben. Die Zwangsindustrialisierung ist nicht geschaffen, um den Unternehmern zu helfen, sondern im allgemeinen Interesse. An eine allgemeine Umstellung betrieblicher Arbeiterausschüsse ist nach dem Haren Wortlaut des Gesetzes nicht gedacht. Was die Wirtschaftsfriedlichen anlangt, so sind diese Verbände jedenfalls ebenso berechtigt, sich als Vertreter derjenigen zu betrachten, die sie gewählt haben, wie die Vertreter der andern Gewerkschaften.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Mittwoch 12 Uhr. Außerdem Amman Runge (konf.) über die Bereitstellung von Futtermitteln.)

Schluß 4 1/2 Uhr. —

## Aus der Parteibewegung.

**Schweizerischer Parteitag.** Nach zweitägiger harter Debatte über das Verhältnis zwischen Partei und Jugendverband legte der Antrag des Parteivorstandes mit 136 gegen 12 Stimmen bei zwei Stimmenthaltenen. Der genannte Antrag lautet:

Der Parteitag fordert, daß der erste nach ihm folgende Kongress des sozialdemokratischen Jugendverbandes folgende Beschlüsse:

1. Widerspruch der dem Jugendkongress 1914 gegen die sozialdemokratische Reichstagspartei gerichteten unbeschränkten Beschränkungen; daß sie in wesentlichen Punkten mit dem Parteiprogramm übereinstimmen.

2. Widerspruch des Beschlusses von 1914 bezüglich eines Sonderverfahrens bei Parteiverfassungen.

3. Aufhebung der Annahme der sozialdemokratischen Gewerkschaften, wenn erklärt wird, daß der Jugendverband bereit ist, die Forderungen der Partei in voller Uebereinstimmung mit dem von der Partei und ihren Anhängern gegebenen Richtlinien bei allen Gelegenheiten zu fördern.

Der Antrag wird durch Abstimmung dieser Beschlüsse die folgenden Minderheiten der Jugendbewegung auf eine entsprechende Stelle bezogen. Diese Minderheiten sind: 1. Die Minderheiten der Partei in voller Uebereinstimmung mit dem von der Partei und ihren Anhängern gegebenen Richtlinien bei allen Gelegenheiten zu fördern.

**Parteitag des Kantons Zürich.** Das dem in Luzern abgehaltenen Parteitag des Kantons Zürich wurde die Militärfrage diskutiert. Die Antrag auf Abschaffung der Wehrpflicht in der Form wurde mit 51 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Die Militärreformkommission für die Schweiz der Sozialdemokratischen Partei wurde mit 55 gegen 65 Stimmen angenommen.

**Verurteilung der sozialdemokratischen Sozialdemokraten.** Die sozialdemokratischen Sozialdemokraten der Schweiz, die den Krieg in vielen Gemeinden zugelassen haben, sind von den Sozialdemokraten der Schweiz als Verräter an dem Parteiprogramm und der sozialdemokratischen Bewegung angesehen. Die Sozialdemokraten haben mit der Gewissensruhe, daß auch in der Schweiz eine soziale Bewegung zwischen den beiden Klassengruppen ausgeführt werden sollte. Die sozialdemokratischen Sozialdemokraten, die den Krieg zugelassen haben, sind von den Sozialdemokraten der Schweiz als Verräter an dem Parteiprogramm und der sozialdemokratischen Bewegung angesehen.

## Aus der Gewerkschaftsbewegung.

**Gewerkschaften Arbeiter- und Bauernvereine.** Die Gewerkschaften, die den Krieg in vielen Gemeinden zugelassen haben, sind von den Gewerkschaften der Schweiz als Verräter an dem Parteiprogramm und der sozialdemokratischen Bewegung angesehen. Die Gewerkschaften haben mit der Gewissensruhe, daß auch in der Schweiz eine soziale Bewegung zwischen den beiden Klassengruppen ausgeführt werden sollte. Die Gewerkschaften, die den Krieg zugelassen haben, sind von den Gewerkschaften der Schweiz als Verräter an dem Parteiprogramm und der sozialdemokratischen Bewegung angesehen.

verbunden dem Ledermittel ist eine Vereinbarung über die gemeinsame Vertretung der Berufsstände, insbesondere gegenüber der allgemeinen Beschlagnahme auch des Handelstellers und den dringenden Eingriffen des Militärdienstes getreten. Um diese Gemeinheitsarbeit recht wirksam zu betreiben und alle im Laufe des Krieges an die Industrie nach heranzutragenden Gefahren abzumehren, insbesondere auch die Wiederherstellung der kriegsgezügelter Ledermittel zu organisieren, wurde die Anstellung eines gemeinsamen Syndikats beschlossen, der etwas zeitlich befristet, Einzug in das Wirtschaftsgebiet der Kriegszeit, Leitung im Verkehr mit den Behörden und Ansehen bei ihnen haben sollte. Die Wahl der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen fiel auf Vorschlag des Ledermittelverbands auf den Reichsverband der sozialdemokratischen Reichstagspartei, der seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat.

Die Ledermittel-Partei schreibt dazu: „Schon die Schaffung unserer Arbeitsgemeinschaft zur Unterdrückung der Kriegswirtschaften stellt einen erheblichen Fortschritt dar, ihre Erhaltung auf die Weiterentwicklung der gemeinsamen Interessen durch einen Syndikat aber verleiht man mit jenen Instanzen im Zusammenhang, unter welchen der Kampf gegen die Gewerkschaften dieses Kampfes bildet, und uns der Kampf bis zum Ende“ angefangen werden war. Es liegt sehr im Interesse des Gewerkschafts unserer Industrie, daß sich der Reichsverband der Ledermittel seit längerer Zeit ein höheres Ziel gesetzt hat und es mit Mühen zu erreichen sucht, die auch wir billigen und unterstützen können.“

## Neine Chronik.

### Zum Tode verurteilt.

Für den angeblichsten Kriegsverrat in Köln wurde der 39-Jährige alte Lehrer Franz Gahn am 12. März und der 27-jährige Arbeiter Fritz Käjer am 14. März zum Tode verurteilt. Beide haben am 12. März er 1916 den Agenten Haberlamp am Hof und seinen Kollaborator Sahn ermordeet und bemordet.

### Schlagungsimpuls.

Im Dezember erigene sich auf der Jüdischen Straße 2 der Vorstand einer Schlagungsgemeinschaft, wobei drei Bergleute getötet und sieben verletzt wurden.

### Das Schwere mit zwei Schwärzen.

Der Gewerkschafter ist der größte Schwärzenführer weit und breit. Und dabei ein Sozialist, wie es eine noch keinen zweiten gibt. Daraus ist er auch zu ersehen, daß die Regierung, die mit Schwärzen und Reichswehrverbänden über das eigene Geschick ebenso verfahren wie das Schwärzen. Aber für diesen Schritt hat er sich was ausgesucht. — Für London, da kann er einmal zeigen, daß er schwärzen ist als die Schwärzen. „Weißt, wie?“ sagt er, „vor Schwärzen zwei Schwärzen für mich, aber zum Schwärzen beim Gewerkschafter bringen wir nur ein. Der Tag wird schon mit, das Schwärzen und Schwärzen geht dann in einem für, und wenn ich schwärzen in der Stadt Schwärzen und Schwärzen werden kann, da werden's schon gehen, die Schwärzen!“

Gesagt, getan. Die beiden fettesten Säue müssen dran glauben, und nach dem Schlachten fährt der Einöbauer selber mit zwei Schweinehälften ins Dorf, wo beim Bürgermeister die Bage steht.

„Alle Achtung,“ meint der, als die beiden mächtigen Stücke abgeladen werden, „so was gibt's nicht alle Tage!“ Der Bauer schwillt vor Stolz. „Ja,“ fährt der Bürgermeister fort, „das ist ja direkt eine Karotte! So was hab ich noch nimmer gesehen!“

„Na, gar so arg ist's doch schon nicht,“ meint der geizhalsche Metzger.

„Doch, doch, schaut nur hin: ein Schwein mit zwei Schwänzen, das war noch nie da!“

„O, Dummheit! So eine Dummheit! Die verletzten Hälften aufzuladen! Herrschaften! jetzt ist's gefühlt!“

„Aber ich will Euch was sagen, Einöbauer,“ meint der Bürgermeister leise, „Ihr wollt gewiß das zweite Schwein für's Lagereit tun. Da will ich für dieses Mal nur eins gegeben haben!“ (Jugend.)

## Bereine und Versammlungen.

### Bücher.

In der am 17. Februar bei Lauban abgehaltenen Mitgliederversammlung verliest der Vorsitzende ein von den Brauerinnen auf seine mit dem Brauerinnenverband gemachte Eingabe wegen Bewährung weiterer Zeunungszulagen eingegangenes Schreiben. In diesem so kennens die Brauerinnen die durch die immer mehr steigende Zeunung der vorgezogenen schwierigen Lebenslage der Arbeiter vollauf an, doch sind die Brauerinnen durch das immer mehr herabgesetzte Halbzontentum mit noch in der Lage, eine weitere Zulage von 2 Mark wöchentlich zu zahlen zu können. Gefordert waren 4 Mark. Die Versammlung hat hierzu nicht sehr erlaut und verwies auf die bisher von den Brauerinnen gezahlten Dividenden. Sollte sich durch den von den Brauerinnen in nächster Zeit auf den Markt zu bringenden Bierertrag die erwartete Verbesserung in der Brauindustrie zeigen, so soll mit einer neuen Erhöhung die Brauerinnen herangezogen werden. Unter anderem wurde auf ein Antrag beschlossen und ihm zugestimmt, durch den der Vorstand beauftragt wird, die ungenutzte Zuzahlung der Schwärzen und Schwärzen weiter in gewöhnlichen Verkehr gegenüber den Arbeitern in der Kriegswirtschaft in Bezug auf Verteilung von Zuzug in Kartellstellen, durch usw. in der nächsten Kartellversammlung zu erörtern und eine Entscheidung herbeizuföhren, durch den der Kartellverband beauftragt wird eine gerechtere Verteilung an zuständiger Stelle zu erwirken.

## Standesamtliche Nachrichten.

**Regensburg, 20. Februar.** Todesfälle: Rentner Gustav Kade, 70 J. 4 M. 14 T. Arbeiter Friedrich Schütz, 66 J. 5 M. 24 T. Anwaltskanzlei Gustav Schmidt, 65 J. 9 M. 7 T. Kaufmanns Vorsteher Knefel, ledig, 52 J. 11 M. 9 T. Internistenarzt Wilhelm Kähler, 49 J. 11 M. 29 T. Erzieher, E. des Königs Hans Herz, 9 M. 13 T. Kuboff, E. des Fabrikarbeiters Karl Harten, 25 T.

**Budau, 19. Februar.** Todesfälle: Margarete, E. des Journalisten Otto, 6 M. 19 T. Egidert, E. der Bäckerin Gertrud, 1 J. 11 M. 12 T.



# Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 21. Februar 1917.

## Geflügelknöchelchen und Kohlrübenschale.

Daß Muscheln in Gelee und Muschelfleisch ausnahmslos fad sind, und daß eingefalgene Muscheln sich unappetitlich und schlecht gepunkt, mit Seetang und Schalenbeilen vermischt, präsentieren, nimmt man schon wehmützlich in den Kauf. Man sagt sich, daß aus mancherlei Gründen die Staatsaufsicht über die Lohndfabriken nicht so scharf sein mag, wie wir das z. B. in der Kriegsindustrie gewohnt sind. Entsprechende Preisfällungen bei der Abnahme der Waren durch die Beauftragten der Behörden sind jedoch das mindeste, was gefordert werden muß, wenn die allgemeine Belieferung mit Sand statt Lebensmitteln nicht überhandnehmen soll.

Daß diesem Gebaren nicht immer nur Fahrlässigkeit zugrunde liegt, sieht man aus dem Bericht über einen Vortrag, den Herr Direktor Kiel auf der Braunschweiger Versammlung der Zuckerindustriellen über Kohlrübenproduktion hielt. Er sagte da u. a.:

„Die Dörfergemüsefabriken schälen ihre zu verarbeitenden Kohlrüben. Ich bezweifle, daß das für unsere Verhältnisse möglich sein wird. (Zustimmung.) Ich glaube auch nicht, daß das unbedingt erforderlich ist. Wenn man Geflügel ißt, muß man ab und zu ein kleines Knöchelchen aus dem Munde nehmen; weshalb soll man nicht, wenn man später Stekrüben ißt, auch einmal ein Stückchen, das einem zu hart vorkommt, aus dem Mund entfernen können. (Heiterkeit.)

Ich habe eine Probe ausgestellt. Das ist die Kohlrübe, wie sie gewaschen, geschneitelt und getrocknet ist; die Köpfe sind dabei nicht entfernt, es sieht der Schmutz daran, der bei der Wäsche nicht entfernt werden konnte, und es sieht auch die Schale daran. Das Produkt sieht auch ganz gut aus, aber ich behaupte nicht, daß Sie in Ihren Schneidmahlwerken überall eine solche Ware herstellen können. Ich habe dieselbe in einer besonderen Anlage hergestellt, um Ihnen zu zeigen, daß die Schale und der nicht zu entfernende — nennen wir es einmal Urnat — absolut nicht daran auffällt, und daß vielleicht dieser kleine Vergleich zwischen Geflügelknöchelchen und der Schale der Stekrübe nicht ganz unrichtig ist. Das Zeug sieht sehr schön aus.“

Also „das Zeug“ sieht sehr schön aus, der Profit im Hauptbuch offenbar auch. Getrocknete Kohlrübe mit Schale und Urnat bringt außerdem eine neue wunderbare Kriegsgleichheit zwischen dem Verzehr von Geflügel und dem „Genießen“ von Kriegsuppen. Beide müssen etwas ausspucken: der eine das Knöchelchen, der andre Rübenschale und Schmutz. Sie können sich also miteinander vergleichen. Der Krieg hat es auch bewirkt, daß bei dem einen Kohlrübensuppe recht häufig auf den Tisch kommt, während der andre gezwungenermaßen mehr Geflügel verzehren muß als in Friedenszeiten. So wirkt der Krieg im höchsten Maße ausgleichend. Zwar mag es ein andres Gefühl sein, ein zartes, weißes Knöchelchen behaglich abzuknabbern und nachher auszuspucken, als plötzlich auf der Zunge die schmutzige und harte Schale der Kohlrübe zu fühlen. Jedoch um das Gefühl wird man sich ja nicht aufregen wollen.

Aber im Ernst: Was sagt die Reichskartoffelstelle zu diesen Produktionsgebräuchen, die Herr Kiel verraten hat? Und wie stellen sich die Verwalter der Kriegsküchen zu den Kohlrüben, die mit der Schale und dem Schmutz getrocknet werden sollen? Werden sie es nun auch noch als Mörgelei betrachten, wenn über Dörfergemüseklagen Klagen einlaufen? Es ist dringens nötig, andre Grundätze für die Trocknung von Gemüse zur Geltung zu bringen. So weit sind wir hoffentlich doch noch nicht, daß wir Rübenschalen essen müssen.

## Vereinbarungen mit der Straßenbahn.

Vom Transportarbeiterverband wird uns geschrieben:

Nach Inkrafttreten der mit der Magdeburger Straßenbahn getroffenen Vereinbarungen über Lohnhöhe und tägliche Dienstdauer der weiblichen Angestellten sind für diese folgende weitere Vereinbarungen getroffen worden:

Der Dienst an sonst dienstfreien Tagen wird als Ueberstunden bezahlt; außerdem für jeden Dienstabtritt je eine halbe Stunde als Zu- und eine halbe Stunde als Abgang. Die ab 16. Februar in den Dienst der Straßenbahn eintretenden Angestellten erhalten für die Lehrgzeit (10 Tage) 28 Mark unter der Bedingung, daß sie mindestens 3 Monate hindurch in dem Dienste der Gesellschaft bleiben. Nachgewiesene Krankheit gilt als Dienst. Weiter werden allen Angestellten, auch den am 16. Februar bereits im Dienste befindlichen, unter der gleichen Bedingung die Kosten für die ärztliche Untersuchung zwecks Aufnahme in die Betriebskrankenkasse der Straßenbahn zurückgezahlt. Für die ab 16. Februar Eintretenden jedoch verbleiben beide Summen als Kaution für im Besitz der Angestellten befindliche Wertgegenstände der Straßenbahn bei der Gesellschaft; die Auszahlung erfolgt mit der Entlassung.

Witwen mit Kindern, die außer ihrem Verdienst bei der Straßenbahn kein Einkommen haben, erhalten zu ihrer monatlichen Leistungszulage von 15 Mark ein Kindergeld. Dieses beträgt für ein Kind 3 Mark, für jedes weitere Kind 4 Mark pro Monat. Die Verteilung der Prämien für Stromersparnis soll auf einen größeren Teil der Angestellten ausgebeutet werden als bisher.

Differenzen aus dem Dienstverhältnis, die die Allgemeinheit der Angestellten betreffen, werden von der Direktion und einem Vertreter des Transportarbeiterverbandes unter Einziehung einer Kommission der Angestellten verhandelt.

— Eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins tagt am Sonntag den 25. Februar, nachmittags 4 Uhr, in Neue Knecht in Ulrichs Festhölle (Deutsche Fabrik). Ein Mitglied des Parteivorstandes in Berlin wird über die gegenwärtige Lage der Partei reden. Dem Vortrag folgt freie Aussprache. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

— Sozialdemokratischer Verein. Auf die Bezirksversammlung der Frauen für die alte und neue Knecht, die am Donnerstagabend im „Reigen Hirsch“, Friedrichsplatz 1, stattfinden, möchten wir noch einmal besonders aufmerksam machen. Parteisekretär Genosse Ernst Brandenburg wird in dieser Versammlung über das Thema sprechen: Welche Rechte hat die Kriegszeit an die Unterhaltungsrichtungen? Die Genossinnen werden ersucht, die Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

— Gestohlen wurden in der Nacht zum 20. aus einem Schrank in der Margaretenstraße nach Verlassen der Scheibe vier Schmiedekleinigkeiten; aus verschlossenen Ställen, die sich in verschiedenen Gartenparzellen befinden, zusammen 3 Enten, 20 Hühner, 1 Hahn und 4 Kanarienvögel.

— Gemüsetarung. Die Preisspannung zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen ist auf dem Lebensmittelmarkt und besonders bei Gemüse noch immer viel zu hoch und bedarf um so dringender einer Milderung, als die Gefahr des Verderbens von Vorräten bei einiger selbstverständlicher Umsicht kaum noch besteht, und die Erzeugerpreise durch die Lieferungsverträge nicht unwesentlich erhöht worden sind. Es liegt gar kein berechtigter Grund vor, Gemüse wie Mohrrüben und Kohlrüben auf dem Handelswege um 100 bis 200 Prozent zu erhöhen. Bei industriell verwerteten Gemüse ist die Spannung im allgemeinen nicht höher als 30—40 Proz., und das muß auch für Frischgemüse genügen. Zu diesem Ziele führen zwei Wege. Das auf Grund der Lieferungsverträge gewonnene Gemüse geht durch die Kommunalverwaltungen, und diese haben die Beteiligung des Handels bzw. die Errichtung eigener Verkaufsstellen vollkommen in der Hand. Sie können also die im öffentlichen Interesse liegenden Preise billiger. Für den hiervon nicht betroffenen Gemüselieferanten müßten nach dem Vorschlag der Berliner Preisprüfungsstelle Zwangshandelsorganisationen geschaffen werden, denen gegenüber die Preisprüfungsstellen das entscheidende Wort zu sprechen haben. Daß man im Gemüsehandel die Bügel strenger anziehen muß, das zeigt die Entwicklung der Preise im Kleinverkauf. Hier gibt es überhaupt keine Grenze mehr. Zum Beispiel wurde uns heute eine kleine rote Rübe vorgezeigt im Gewicht von 220 Gramm, also nicht einmal 1/2 Pfund. Für dieses Stückchen hat der Erzeuger sage und schreibe 28 Pfg. aufwenden müssen. Mohrrüben, die früher in Massen auf den Wochenmärkten für billiges Geld gehandelt werden konnten, sind verschwunden. Sieht man wirklich mal einige, dann sind es „Importen aus Holland“, und deshalb sind sie kaum zu bezahlen. Der Preis für Aepfel ist glücklich auf 1 Mark pro Pfund gekommen. Wo ist da eine Grenze? —

— Die Petroleumtarifen für Heimarbeiter und landwirtschaftliche Betriebe für die Zeit bis zum 15. April d. J. gelangen am Donnerstag den 22. und Freitag den 23. Februar in den Verkaufsstellen des Waren- und des Konsumvereins, von welchen das Petroleum bisher bezogen wurde, zur Ausgabe. Bei der Abholung ist die alte Petroleumkarte (Dezember 1916, Januar 1917) zurückzugeben. Die Januarmarken werden mit dem 22. Februar außer Kraft gesetzt.

# Kriegsentsessene Arbeitsurlauber

erneuert eure Mitgliedschaft bei den  
gewerkschaftlichen  
und politischen Organisationen!

— Wegen Beleidigung des Landrats angeklagt und freigesprochen. In Hannoversch-Münden herrschte im August 1916 eine große Kartoffelnot. Die Stadtbewohner gingen in die Dörfer, um sich Kartoffeln zu verschaffen. Obwohl sie sich die Kartoffeln auf dem Lande der Bauern selbst ausdauern mußten, mußten sie sehr hohe Preise zahlen, meist mehr, als den Höchstpreis. Herr Derz aus Hannoversch-Münden nahm an, der Landrat habe die Einfuhr von Kartoffeln nach der Stadt Münden nicht erlaubt und die Kartoffelnot der Stadt sei darauf zurückzuführen. Er richtete deshalb eine Eingabe an die Regierung in Südsachsen und kritisierte das vermeintliche Verhalten des Landrats sehr scharf. Unter andern bemerkte er auch, daß falsche Maßnahmen bei den Landeuten die Abhilfe des Mangels vorbereiten könnten. Die Kartoffel sei das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung der Stadt. Eine solche Not, wie sie damals herrschte, werde natürlich von den Frauen ihren beim Heere weisenden Männern berichtet. Jeder müsse einsehen, wie es auf die Feinde wirkte, wenn solche Nachrichten bei einem Gefallenen oder Gefangenen gefunden würden. Er bitte die Regierung, die Sache der Kartoffelversorgung in andre Hände zu legen und die Freigabe der Kartoffeln zu veranlassen. Er bitte, seine Eingabe als von reiner Vaterlandsliebe diktiert anzusehen. Wegen einiger in der Eingabe enthaltener scharfer Wendungen über den Landrat wurde Derz angeklagt und vom Schöffengericht als der ersten Instanz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Landgericht in Göttingen sprach jedoch den Angeklagten frei, indem es dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zusprach. Der Angeklagte habe zur Wahrnehmung berechtigter Interessen die Eingabe gemacht, um beizutragen zur Abhilfe der Kartoffelnot, die die Gemüter bedrückte. Und zwar nicht nur zur Wahrnehmung der berechtigten Interessen anderer, sondern auch seiner eignen berechtigten Interessen. Aber auch aus der Form der Eingabe sei nicht die Absicht der Beleidigung herzuholen. Angeklagter habe eine an sich sachlich begründete Beschwerde über vermeintliche Maßnahmen des Landrats an die zuständige Behörde gerichtet und darauf hingewiesen, daß er aus reiner Vaterlandsliebe handle. Wenn er dabei einige kräftige Ausdrücke gebraucht habe, so sei das nicht geschehen, um den Landrat zu beleidigen, sondern um seiner Beschwerde mehr Nachdruck zu geben. Es handle sich dabei nur um Entgegnungen. Somit sei D. freizusprechen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft. Es blieb also bei der Freisprechung. Begründend wurde ausgeführt: Allerdings sei vom Landgericht festgestellt, daß die Kundgebung an die Regierung schwere Ehrenfränkungen des Landrats enthalte. Andererseits habe aber das Landgericht ohne Rechtsirrtum angenommen, daß die ganze Eingabe zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht sei. Nun hätten ja einzelne Äußerungen aus dem Rahmen des § 193 herausfallen oder es hätte die Form ergeben können, daß auch eine Absicht, zu beleidigen, vorliege. Das Landgericht habe in seinem Urteil aber auch die Einzelheiten der Eingabe berücksichtigt und dargelegt, daß die in dem Schreiben vorkommenden scharfen und ungewöhnlichen Ausdrücke Entgegnungen seien. Das Landgericht habe also auch bezüglich dieser Einzelheiten angenommen, daß sie nicht aus dem Rahmen der Wahrnehmung berechtigter Interessen herausfielen und daß ihr Form nicht die Absicht zeige, zu beleidigen. Danach sei Angeklagter mit Recht unter Zustimmung des Schöffen des § 193 des Strafgesetzbuchs freigesprochen worden.

— Ueber Lehrstellenvermittlung veröffentlicht die Handwerkskammer ein Zitat in heutiger Nummer. Die Benutzung der Lehrstellenvermittlung der Handwerkskammer ist für Lehrlinge und Meister unentgeltlich.

— Jahresspreidermäßigung zur Leipziger Messe. Zur Erleichterung des Besuchs der vom 5. bis 10. März d. J. stattfindenden Messen in Leipzig werden die Besucher (auch die Aussteller) gegen Vorzeigung einer von der Leipziger Handelskammer auf den Namen ausgefertigten Bescheinigung auf der Hin- und Rückreise zum halben Fahrpreis in 2. oder 3. Klasse befördert. Die Karten für die Hin- und Rückreise werden vom 27. Februar bis 9. März, die für die Rückreise bis zum 16. März ausgegeben.

— Gewässerte Milch für die Verwundeten. Im hiesigen Lazarett in der Loge Harpostrates haben sich die Detonomin Elise Schladig, die Wirtschaftlerin Elli Arnold und die Stütze Marie Gladigau auf sehr patriotische und menschenfreundliche Weise Butter und andre Genüsse verschafft. Sie sind vom Vaterländischen Frauenverein angeheft, sollten also im Auftrage einer gemeinnützigen Organisation wirken. Wie sie ihre Mission verstanden haben, das zeigt folgender Bericht vom hiesigen Schöffengericht: Im Sommer 1916 bekamen sie von der Molkerei täglich in drei Kannen 60 bis 70 Liter Milch. Sie räumten die Sahne ab zur Herstellung von Butter und Zinken. Der übrigen Milch setzten sie Wasser hinzu und verwendeten sie dann zu Kaffee und Suppen für die verwundeten Soldaten, obwohl für sie nach den bestehenden Vorschriften nur Vollmilch verabsolgt werden sollte. Die Gerichtsverhandlung stellte aber gegen die Angeklagten ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz nicht fest, weshalb Freisprechung erfolgte. — Das Urteil wird im Volke kein Verständnis finden. Den Verwundeten die Milch entrahmt, Wasser zugegossen und trotzdem Freisprechung, weil ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz nicht vorliegen soll? Man sieht, es gibt Angeklagte, die viel Glück haben.

— Hoffen und Gärren. Vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat hat Staatssekretär Dr. Helfferich gesagt: „Wer aus eignen Händen gibt, was er irgend entbehren kann, der hilft untreu Schlachten schlagen; wer zurückhält, der hilft dem Feinde.“ Daran knüpfen die „Berl. Pol. Nachr.“ die Hoffnung: „Von unserer Landbevölkerung werden wir erwarten dürfen, daß nunmehr, nachdem die Rede des Staatssekretärs des Innern sinnfällig über hat, wie die Lösung der Ernährungsfrage mit an erster Stelle aber den Ausgang des Krieges entscheidet, keiner weitem Einwirkung bedarf, um da, wo bisher aus dem vollen gewirtschaftet wurde, sparsame Wirtschaft, und da, wo bisher Zurückhaltung geübt wurde, patriotische Geberdigkeit in Erscheinung treten zu lassen.“ — Der Krieg hat manches Wunderbare aufgedeckt. Wunderbarer in dieser Zeit ist vor allem der naive Glaube, daß man auf den Egoismus der Menschen mit Mahnungen und andern moralischen Erlässen Eindruck machen könnte. Wer Kartoffeln und Speck hat, ist eben nicht empfänglich für solche zarte Töne.

— Eine geheim betriebene Fleischeri in großem Umfang wurde hier aufgehoben. Sie war in einem Schuppen am Lorenzweg eingerichtet, wo in der Zeit vom 16. Januar bis 17. Februar d. J. nachweislich über 100 Schweine heimlich geschlachtet worden sind. Es handelt sich um sogenannte Futterfleischweine, die unter 120 Pfund gewogen haben sollen. Sie wurden von dem Handelsmann Robert Goedeke von hier bei einem hiesigen Engroschlächter gekauft, dann von ihm und dem Schlächter Hermann Litzsch, der sich hier vorübergehend aufhielt, nach dem Grundstück am Lorenzweg geschafft und dort von beiden gemeinsam geschlachtet. Das gewonnene Fleisch ist, ohne auf Trichinen oder sonst tierärztlich untersucht zu sein, soweit es sich hat nachweisen lassen, zum Preise von 3,10 Mark für das Pfund verkauft worden. Von diesem hat der auf dem Stadtmarkt wohnhafte Schankwirt Johann Kutz allein etwa 1900 Pfund erhalten, der es dann zum Teil an verschiedene Personen und anheimend auch an Schankwirte weiter verkauft hat. Von Kutz haben auch die kürzlich erwähnten Sacharinhändler das bei ihnen gebundene Fleisch gekauft und dafür, da sie es sich leisten konnten, 4,25 und auch selbst 5 Mark für das Pfund bezahlt. Alle beteiligten Personen werden sich vor dem Gericht zu verantworten haben. Kutz wird sich auch des Wuchers schuldig gemacht haben. Litzsch und Goedeke sind dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Von dem Fleische sind bis jetzt über 900 Pfund ermittelt und mit der aufgefundenen Wurst sowie dem Schmalze dem städtischen Schlachthof übergeben.

— Ermittelter Dieb. Aus einer Bäckerei in der Kruppstraße wurden in letzter Zeit fortgesetzt Brot und Roggenmehl gestohlen. Als Dieb wurde ein in dem Hause wohnhafter Arbeiter ermittelt, der vom Hofe aus zum Fenster eingestiegen ist. 25 Brot entwendet zu haben, gibt er zu.

— In Haft genommen wurde der Hausdiener Otto Gram von hier, der wie kürzlich berichtet, seinem Arbeitgeber 370,60 Mark untergeschlagen hatte.

— Wem gehört die Schlachtwurst? Verhaftet wurden der Handelsmann Friedrich Berner und dessen Bruder, der Arbeiter Karl Berner, von hier, die am 20. d. M. morgens 1 Uhr von einem Schutzmann auf dem Nikolaplatz betroffen wurden. Ersterer trug ein schweres Rucksack, letzterer einen Sack mit Inhalt. Friedrich Berner wurde gefesselt, sein Bruder entkam zunächst. Auf Verfragen, was er in dem Rucksack habe, erklärte er, dies nicht zu wissen. Auf dem Wege nach der Polizeiwache versuchte er zu entfliehen. Es wurde dann auf der Polizeiwache festgestellt, daß er zwanzig Schlachtwurst, zum Teil recht dick, im Rucksack hatte. Er gibt an, die Würste auf dem Nikolaplatz gefunden zu haben. Der später in der Wohnung festgenommene Karl Berner will schon abends 10 Uhr schlafen gegangen sein und seinen Bruder nicht gesehen haben, trotzdem er, da er stark verwachsen ist, von dem Schutzmann bestimmt erkannt ist. Ueber den Inhalt des Sackes sowie dessen Verbleib ist noch nichts ermittelt. Der Eigentümer der vielleicht auswärts gestohlenen Würste wird ersucht, der Kriminalpolizei Nachricht zu geben.

## Theater, Konzerte etc.

### Besprechungen.

Stadttheater. Der Frankfurter Gast August Besser gastierte am Dienstag als Manrico in Verdis „Trovatore“. Wie sein erstes Gastspiel als Lyonel hoffen ließ, erfüllte die Erwartungen, die man an den igrischen Tenor an einem Stadttheater knüpfte. Sein angenehmes Organ zeigte in der Partie des Manrico den weiteren Fortschritt eines gut ausgebildeten Pianisten, das bei uns eigentlich recht selten ist. Der Künstler ist auch schauspielerisch von guter Wirkung und fügte seine umfangreiche Partie um wesentlichem mit sehr annehmbarem Erfolg durch. Das Publikum nahm seine Leistungen mit warmem Beifall an.

### Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Donnerstag Gastspiel des Herrn Hans Nitschke gelegentlich des 25. Jahrestags seines ersten Auftritts in „Urbine“ als Welt. Freitag Anfang 7 Uhr „Don Juan“ letztes Abenteuer. — Wilhelm-Theater. In der am Montag zum Benefiz für Ernst Schlegel stattfindenden Aufführung der Operette „Der dumme Kopf“ gastiert in der Titelrolle Herr Wülke vom Stadttheater in Erfurt. — Zentraltheater. Eintrittskarten für die Sonntags-Nachmittagsvorstellung können täglich an der Theaterkasse gelöst werden, desgleichen für die Abendvorstellungen. — „Der Gias“ im Jirkas Blumenfeld. 910 Mark in Gold war das Ergebnis des ersten Goldtags. Zweite Goldsammlung am Freitag den 23. Februar. — Freie Volkshöhle Magdeburg. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die 5. Wohlthätigkeitsvorstellung erst am 4. März (nicht am 25. Februar) in der „Deutschen Fabrik“ stattfinden kann. Bereits gelöste Programme behalten ihre Gültigkeit. — Marionetten-Theater hiesiger Künstler. Cafe Hohemoller, Bernhardsplatz, täglich abends 9 Uhr große Vorstellung. Souaband und Sonntag zwei Vorstellungen. Siehe Jazetaz.







Stadtrat Rosenfeld (Königsberg i. Pr.) über die Frage, ob Aufgaben der Kriegsbeschädigten- und der Kriegshinterbliebenenfürsorge künftig der öffentlichen Armenpflege zu überlassen seien. Die hierzu vorgelegten Zeitfuge fordern, daß die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge alle diejenigen Fälle zu übernehmen habe, in denen die Kriegsbeschädigten oder Hinterbliebenen auf der bisherigen, über den Stand der Armenpflege hinausgehenden Höhe erhalten werden sollen und die sonstigen Bezüge dazu nicht ausreichen. Daß dagegen diejenigen Fälle, in denen schon vor dem Kriege dauernde Armenpflege eingeleitet war, nach dem Kriege wieder der Armenpflege zu überlassen seien, auch wenn sie während des Krieges in Kriegsfürsorge übergeführt worden waren.

Im Anschluß an diese Darlegungen beschäftigte sich Bürgermeister von Hollander (Mannheim), der stellvertretende Vorsitzende des Vereins, mit der für eine soziale Ausgestaltung der öffentlichen Armenpflege notwendigen Reform des Armenrechts. Wahlrechtsverlust und Erstattungsanspruch sind die Hauptstützen der in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschenden Vorurteile gegen die öffentliche Armenpflege. Der Referent fordert in seinen Zeitfuge völlige Beseitigung des Wahlrechtsverlustes bei öffentlicher Armenunterstützung. Eine Unterscheidung zwischen schuldlos und schuldhaft verarmten Personen, die eine verschiedenartige Behandlung der Unterstühten ermöglicht, hält er nicht für durchführbar. Für den Erstattungsanspruch der Armenverbände werden gewisse zeitliche und sachliche Beschränkungen gefordert, weil die nach den jetzigen Bestimmungen nötige dauernde Ueberwachung früher unterstützter Personen der heutigen Aufzucht einer sozial gerichteten Armenfürsorge nicht entspricht.

Als letztes Thema wurde von Direktor Dr. Bolligleit (Frankfurt a. M.) die Frage erörtert, wie auf dem Gebiet von Armenpflege und Wohltätigkeit die Uebergangszeit nach dem Kriege zu gestalten sei. Die hierzu vorgelegten Zeitfuge fordern Errichtung einer dem Reichsamt des Innern anzuschließenden Reichsstelle für Kriegswohlfahrtsfürsorge, die dafür zu sorgen habe, daß auch innerhalb der Fürsorgetätigkeit sich die Ueberleitung der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse in die Friedensverfassung planmäßig vollziehe. Aufgabe der Reichsstelle sei die Ausarbeitung und Durchführung von Uebergangsmaßnahmen, die einmal den Abbau der Kriegswohlfahrtsfürsorge durch Regelung des Arbeitsmarktes, Uebergangsvorrichtungen zum Familienunterstützungsgesetz und dergleichen, sodann die Eingliederung der Kriegswohlfahrtsfürsorge in die gesamte Wohlfahrtsfürsorge zum Gegenstand haben müssen.

Im Anschluß an die Referate, die einen regen und fruchtbaren Meinungsaustrausch hervorriefen, wurde beschlossen, für den Sommer dieses Jahres wieder eine Veranstaltung in Aussicht zu nehmen und die Frage der Ueberleitung von der Kriegs- in die Friedensfürsorge noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Ein zweiter Verhandlungsgegenstand soll sich mit der staatlichen Ueberwachung der freien Liebesbetätigung beschäftigen.

## Ein Kulturdokument.

In badischen Zentrumsblättern, so z. B. im „Heuberger Volksblatt“ (16. Februar 1917), wird ein „Brief eines Gefallenen aus dem Segfeuer“ veröffentlicht, in dem es heißt:

Meine Lieben! Darf ich, soll ich noch schreiben? Die Kompanie hat euch amtlich mitgeteilt, daß ich gefallen bin. Ja! meine Seele ist in die Hände des zürnenden Gottes gefallen. Glaubet nicht, daß jeder, der den Heldentod stirbt, sofort die Siegespalme des ewigen Lebens erhält. Ich bin im Segfeuer. O welche Qual! Schredlich war das Granatfeuer, in dem ich fiel. Schredlicher ist hier das Segfeuer. Ich leide juchbar, was heißt Ihr mir? Ihr betet, ich spüre es. Aber wo bleibt die Beste, die süßeste Gölfe, das Opfer... die fürs Segfeuer beste Liebesgabe, das Aufopfer? Wo bleibt jetzt die heilige Messe? O weh, ich sehe es. Ihr lauft zur Mäherin statt zum Parzer. Hilflos muß hier meine Seele schmachten, bis die Trauerkleider fertig sind.

Ich merke es, erst wenn ein mächtiger Schleier auf dem modernsten Trauerhut im Winde flattert, darf ein kühles Lüftchen meine arme Seele in der sengenden Feuerluft erquickeln. O weh! Ich merke, Ihr wartet, bis die Leichensagerin Zeit hat zum Herumgehen, bis diesem Wetter und jener Wäse der Tag paßt, bis eine große Todesangeige in alle Häuser der Umgegend kommt. Dann erst wird mir geholfen.

Warum all das? Viele kommen doch nicht gern, viele aus Geschäftsinteresse, manche wegen des Reichentums. Ihr seht doch, wie manche nach dem Opfertag ohne ein Vaterunser für mich fortrennen ins Wirtshaus. Derentwegen muß ich in meinen Leiden warten. Warum muß ich so viele leidenvolle Tage und Nächte schmachten, bis Ihr mir helft? Ist das Eure Liebe? Ist das der Dank für meinen Opfertag?

Meine Lieben! Darf ich, soll ich Euch noch so nennen? Euer armer Sohn und Bruder E.

Der Zweck dieser Gedichtsammlung ist, die Bevölkerung zu veranlassen, für Geld Messen lesen zu lassen.

## Arbeiterfragen und Zivildienst.

Der Hilfsdienstauschuss erledigte in seiner Sitzung vom Dienstag zunächst eine Anzahl Petitionen. Ein Vertreter des Kriegsammtes hielt dann einen kurzen Vortrag über die Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Zusammenfassend wurde darauf hingewiesen, daß das Kriegsamt die Aufgabe habe, dafür zu sorgen, daß die Kriegsbeschädigten in Stellen untergebracht werden, wo sie die ihnen verbliebene Arbeitskraft nutzbringend verwenden können. Möglichst sollen die Leute in Dauerstellung in ihren früheren Beruf gebracht werden. Das wird allerdings dadurch erschwert, daß eine Reihe von Industrien stillliegen. Wer vom Lande stammt, der soll auf alle Fälle dem Lande erhalten bleiben. — General Gröner fügte hinzu, daß man mit dem jetzigen System ganz ausgezeichnete Erfolge erzielt habe. — Abg. Krauth (natl.) verlangte, daß den Leuten die Gewißheit bleiben muß, daß ihnen die Rechte nicht entzogen oder verkürzt wird.

Eine längere Debatte entspann sich dann über die Frage, ob die vom Lande stammenden Kriegsbeschädigten wieder unter allen Umständen der Landwirtschaft zugeführt werden müßten. Die Konservativen vertraten die Ansicht, daß für die Kriegsbeschädigten geradezu eine Wohlthat darin liege, wenn sie, soweit sie aus der Landwirtschaft herabgegangen sind, wieder der Landwirtschaft überwiegen würden. Dazu käme noch, daß die Landwirtschaft Mangel an Arbeitskräften habe, und daß die landwirtschaftliche Arbeit als vaterländischer Hilfsdienst gelte.

Von den Fortschrittler sowohl als auch von den Sozialdemokraten wurde dieser Auffassung entgegengetreten. — Abg. Bauer (Soz.) stellte ausdrücklich fest, daß niemand gezwungen werden dürfe, wieder auf das Land zurückzukehren. Viele Verletzte seien auch gar nicht mehr für die Landwirtschaft brauchbar. Auf keinen Fall dürfe die persönliche Freiheit der Kriegsbeschädigten in solchem Maße beschränkt werden. Es werde an sich schon seitens der Kriegsbeschädigten sehr über rigoroses Vorgehen geklagt. Kriegsbeschädigte seien sogar als arbeitserweckbar wieder eingezogen worden. — Abg. Dittmann (Soz. Arb.-G.) hebt hervor, daß ein solcher Zwang, auf das Land zurückzukehren, direkt dem Gesetz widerspreche. — General Gröner bemerkte, daß jeder Zwang ausgeschlossen sein solle; aber es sei dringend wünschenswert, der Landwirtschaft genügend Arbeitskräfte zuzuführen.

Die Kommission wandte sich dann der Frage der Sacharbeiter zu. Von einem Vertreter des Kriegsammtes wurde ein kurzer Vortrag gehalten, der dahin ging, daß die Ermittlung der bei der Truppe befindlichen Sacharbeiter durch sachverständige Offiziere stattfinden. Sacharbeiter würden in allen Fällen nur dann zugewiesen, wenn freie Arbeiter für den betreffenden Beruf nicht mehr zur Verfügung ständen.

General Gröner fügte noch hinzu, daß eine Bundesratsverordnung in Vorbereitung sei, wonach das System der Personalkarte für alle Hilfsdienstpflichtigen vom 48. bis zum 60. Jahre zur Einführung gelangen soll. Nach den auf den Karten gemachten Angaben hätten dann die Einberufungsausschüsse zu entscheiden. General Gröner machte dann nähere Ausführungen über die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften, insbesondere soll auch auf die Frauen in den Kleinstädten eingewirkt werden, daß sie sich freiwillig für diese Arbeit zur Verfügung stellen.

Abg. Silberschmidt (Soz.) vermißt die Zusage, daß bei Abschluß von Arbeitsverträgen die tariflichen Löhne beachtet werden müssen. Es sind Fälle vorgekommen, daß bei Ueberweisung aus Arbeiter-Bataillonen niedrigere Löhne vereinbart worden seien. Lohnwidrigkeit müsse auf alle Fälle vermieden werden. Die Offiziere warnen mitunter die Arbeiter, die zur Ueberleitung gelangen, sich an Bestrebungen auf Erhöhung der Löhne zu beteiligen, oder sich den Gewerkschaften anzuschließen. Derartige Uebergriffe müßten verhütet werden.

Abg. Schiele (konf.) erörtert den Leutenmangel auf dem Lande und schlägt vor, die Beaufsichtigung der Gefangenen mehr den Landwirten zu übertragen. — Abg. Dittmann bemerkt, die Freizügigkeit der reklamierten Sacharbeiter dürfe nicht durch die Drohung mit dem Schützengraben eingeschränkt werden.

Die Kommission trat dann in die Beratung eines Entwurfs einer Verordnung über die Versicherung der im Zivildienst Beschäftigten ein. Der Entwurf sieht vor, daß diese Beschäftigten den Sozialgesetzen für die Dauer dieser Beschäftigung unterliegen. Personen, die aus einem andern Beruf zum Lande in die Landwirtschaft Arbeit nehmen und deshalb den Landrentenklassen beitreten müssen, sollen ohne Rücksicht auf die Art ihrer Beschäftigung als Sacharbeiter gelten. Damit soll verhütet werden, daß sie im Falle der Krankheit sich mit den geringeren Leistungen der Landrentenklassen für ländliche Arbeiter begnügen müssen. Der Aufenthalt der Hilfsdienstpflichtigen im Ausland steht versicherungsmäßig dem Aufenthalt im Inland gleich. Bestimmungen in der Satzung einer Erbschaftsasse, nach denen ein Mitglied bei Uebernahme einer Beschäftigung im Zivildienst ausscheiden müßte oder einen sonstigen Nachteil erleiden würde, dürfen nicht gegen den Willen des Mitglieds geltend gemacht werden.

Auch die Bestimmungen der Unfallversicherung, der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sowie der Angehörtenversicherung finden auf die Hilfsdienstpflichtigen sinngemäße Anwendung. Die Verordnung, die in den nächsten Tagen erfolgen wird, erhält rückwirkende Kraft bis zum 6. Dezember 1916. Der Entwurf wurde nach längerer Debatte mit einigen Abänderungen angenommen.

## Das gesegnete Mecklenburg.

Der Hamburger „General-Anzeiger“ veröffentlichte dieser Tage folgende, aus einem Hotel einer mecklenburgischen Stadt stammende Tages-Speisekarte:

Rehrüden mit Rotkohl	2,50 Mk.
Rumpsteak mit Bratkartoffeln (2 Porten)	2,25
Kalbsleber mit Bratkartoffeln (2 Porten)	2,00
Schweinefäule (2 Porten)	2,00
Fleischkeil mit Bratkartoffeln (2 Porten)	2,75
Hühner-Ragout (2 Porten)	2,50
Stangenporgel mit Spinat (2 Porten)	2,75
Entensauer mit Bratkartoffeln	2,75
Kal in Gelee mit Bratkartoffeln	2,00
Wildentensauer mit Bratkartoffeln	1,75
Lebermarc mit Butter und Brot	1,00
Scholle, geb., mit Kartoffelsalat	2,00
Kal, grün oder geb.	2,50
Stangenporgel mit Räucheraal	2,50
Räucheraal mit Butter und Brot	2,50
Gajenleber mit Rotkohl	1,50
Aufschnitt à Person (4 Porten)	2,50
Dorsch mit Senfzunge	2,50
Gajenbraten mit Rotkohl	2,25
Kalbssteilette (2 Porten)	2,50
Kalbsnierenbraten mit Erbsen, Wurzeln	2,25
Fischsalat mit Brot	0,75
Garzer mit Butter und Brot	0,75
Kartoffeluppe	0,50
Brökchen mit Spitzgans	2,00
Rötelreisch mit Erbsenpüree, Sauerkraut (2 Porten)	2,50

Recht treffend bemerkt das „Hamburger Echo“, das vorstehendes übernahm, dazu: Diese Verschwendung in einem Lande, aus dem Hamburg trotz der dringlichen Vorstellungen und eifrigsten Bemühungen nicht einmal die ihm zustehenden Kartoffeln bekommen konnte ist so empörend, daß tiefe Schütterung bei all denen Platz greifen muß, die hier unter dem Kartoffelmangel leiden müssen. Die Herrschaften, die sich an einem so verschwenderisch gedeckten Tisch jehen können, haben das „Durchhalten“ leicht, das die großstädtische Bevölkerung unter den größten Entbehrungen über sich selbst. Sie hat es in der Tat verdient, daß von dem ungeheuren Ueberfluß, der noch in Mecklenburg zu herrschen scheint, ein Teil auf sie kommt. Was müßte alle Nationalisierung der Lebensmittel, wenn es den Reichen möglich ist, sich solche Genüsse zu verschaffen. Das muß anders werden, wenn man weiter von der Bevölkerung das Durchhalten verlangt. Es wird hohe Zeit, daß endlich auch für Wildpret wie für Hühner, Enten und Gänse der Kartoffelmangel eingespart und für eine gerechte Verteilung aller Lebensmittel gesorgt wird.

## Das Heilverfahren für Ungeheilte.

Vom 1. Januar bis 30. November 1916 sind bei der Reichsversicherungsanstalt der Angestelltenversicherung, wie soeben in den amtlichen Nachrichten der Anstalt veröffentlicht worden ist, 23.010 Anträge auf Heilverfahren eingegangen. Das ist eine sehr starke Zunahme im Vergleich mit den früheren Jahren. Für denselben Zeitraum weist von den früheren Jahren das Jahr 1914 die höchste Zahl auf: 19.537 Anträge. Sie ist mithin von der Zahl des Jahres 1916 weit überflügelt. Das Jahr 1915 brachte infolge des Krieges einen Rückgang auf 14.209 Anträge. Das war aber nach den Erfahrungen des Jahres 1916 nur eine vorübergehende Erscheinung.

Wieviel Arbeit die Heilverfahren machen, läßt sich aus der Tatsache schließen, daß in jenen 11 Monaten des letzten Jahres nicht weniger als 168.412 Sendungen, die sich auf Heilverfahren beziehen, eingegangen sind. Auch diese Zahl ist wesentlich höher als die entsprechende Zahl der Vorjahre.

Außerdem sind in denselben Monaten 1916 gestellt worden 79 Anträge auf Gewährung der Kosten für Berufsumlernung. Im Vorjahr waren in der Zeit nur sieben derartige Anträge eingegangen.

Durchgeführt sind vom 1. Januar bis 30. November (2709 im Vorjahr); 4288 Heilverfahren in Sanatorien (2471 i. V.); 5130 Heilverfahren in Bädern (2079 i. V.); 65 spezialärztliche Befandlungen (43 i. V.); Zuschüsse wurden gewährt zu 256 Kurzen (150 i. V.); in 2062 Fällen, in denen Bahnfahrpass notwendig war (1599 i. V.); zu 146 Heimmitteln (71 i. V.).

Dementsprechend sind die Kosten gestiegen von 6,8 Millionen Mark im Vorjahr auf 8,4 Millionen Mark im Jahre 1916 (vom 1. Januar bis 30. November).

Sehr ist, so hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt in einem Schreiben an die Ortsausschüsse der Vertrauensmänner u. a. herangezogen, die Bedeutung des Heilverfahrens als gegenwärtig einzige Leistung des Gesetzes bei den Versicherten noch keineswegs ausreichend bekannt. Namentlich mit Hilfe der Presse sollte in dieser wichtigen Sache mehr Aufklärung verbreitet werden. Kranke Versicherte sollten möglichst früh ihren Arzt fragen, ob etwa ein Heilverfahren in einer Lungenheilstätte, einem Sanatorium, Bad usw. empfehlenswert ist, und sich dann mit einem Antrag an die Reichsversicherungsanstalt wenden.

## Notizen.

Die neuen Kriegskredite. Dem Reichstag ist gestern außer dem Etat für 1917 auch noch die Vorlage eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1916 zugegangen. Die Vorlage will den Reichskanzler ermächtigen, zur Beilegung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von fünfzehn Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Der deutsch-amerikanische Nachrichtenverkehr. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. H. J. J. hat die folgende Anfrage im Reichstag vorgebracht: „Seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland ist der Nachrichtenverkehr zwischen den beiden Völkern auf gefährliche und verheerende Neutermedien beschränkt. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, ob von amerikanischer Seite irgendwelche Maßnahmen getroffen worden sind, einen von Neuter und der englischen Regierung unabhängigen Nachrichtenverkehr zwischen Amerika und Deutschland aufrechtzuerhalten?“

Japan nutzt die Situation aus. Während die Rüste und Neue Welt mit der Abwicklung und Anbahnung neuer Handelbeziehungen beschäftigt ist, baut Japan kühnweise vor und bahnt neue Handelsbeziehungen an. Eine Gruppe japanischer Kapitalisten, Fabrikanten und Kaufleute machen zurzeit eine Studienreise in Brasilien zum Zwecke der Beratung über neue japanische Schifffahrtslinien zwischen Japan und Brasilien über Singapur, Ceylon, Madagaskar und das Kap der Guten Hoffnung.

Ministerkrise in Portugal. Der Korrespondent des „Imperial“ in Lissabon telegraphiert: Die portugiesische Regierung ist zurückgetreten. Der Präsident hat den Rücktritt angenommen.

Die dänisch-englischen Inseln. Das amerikanische Meeresprätorienhaus genehmigte durch Juro die Vorlage über die Bewilligung eines Kredits von 25 Millionen Dollar zum Ankauf der dänisch-englischen Inseln. Die Annahme der Vorlage durch den Senat ist auch gesichert.

## Vorfeldgefechte.

W. L. B. Großes Hauptquartier, 21. Februar 1917. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Trübes Wetter und Regen hielten die Kampfaktivität im nördlichen Grenz.

Südöstlich von Ypern und beiderseits des Kanals von La Bassée schlugen Erkundungsvorzüge der Engländer, bei Flirey zwischen Maas und Mosel Teilangriffe der Franzosen fehl.

Bei Wegnahme des Stützpunktes südlich von Le Transloy am 19. Februar sind zwei Offiziere und 36 Engländer gefangen, fünf Maschinengewehre erbeutet worden.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Frontabschnitten, vornehmlich in den Saltzparthen und beiderseits des Ditschals Artilleriefeuer und Vorfeldgefechte.

### Mazedonische Front.

Lebhaftem Feuer zwischen Barbar und Dojranfer folgten abends vorstöße englischer Abteilungen, die abgewiesen wurden.

### Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

## Depeschen.

### Vertrauliche Beratungen.

W. L. B. Berlin, 21. Februar. Der Hauptauschuss des Reichstags ist heute vormittag zusammengetreten. Die Beratungen, denen die Staatssekretäre Hülferich, v. Capelle, Graf Rüdern und Zimmermann beizuoheten, waren zunächst vertraulich.

### Ein mexikanischer Vorschlag.

W. L. B. Washington, 20. Februar. (Neutermeldung.) Panjng beantwortete die Note des Präsidenten von Mexico Carranza, der die Einstellung der Munitionsausfuhr von Amerika zu den Kriegführenden vorge schlagen hatte, durch eine bloße Bestätigung des Empfangs der Mitteilung.



